

- Es gilt das gesprochene Wort -

**Rede der Landtagspräsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke
beim Besuch der Konferenz der Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten der G7 im Landtag Brandenburg
17. September 2022**

Anrede,

herzlich willkommen in der Herzkammer unserer Brandenburger Demokratie: dem Plenarsaal des Landtages. So viele Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten gleichzeitig haben hier noch nie Platz genommen! Das ist eine Premiere für den Landtag Brandenburg, und wir wissen diese Ehre zu schätzen.

Vielleicht hatten Sie beim Betreten des Innenhofes die Erwartung, ein Schloss zu besuchen. Da muss ich Sie enttäuschen!

Hier im Saal lässt sich erkennen, dass unser Landtag ein Neubau ist – wenn auch in historischer Hülle: Modern, funktional und ganz bestimmt nicht rückwärtsgewandt. An einer Stelle der Außenfassade steht als Kunst am Bau sogar der französische Satz, frei nach dem Surrealisten René Magritte: „Ceci n’est pas un château“, dies ist kein Schloss.

Dennoch sind wir uns in Brandenburg der Geschichte bewusst.

Dazu möchte ich Ihnen eine Anekdote von einem Wappentier erzählen, von unserem Adler. Sie sehen ihn vorne am Rednerpult, eindeutig rot.

Er ist das Brandenburger Wappentier seit dem 12. Jahrhundert, der Zeit der Askanier – also noch bevor es Preußen gab. In der Brandenburger Hymne, die tatsächlich und mit Inbrunst bei Volksfesten gesungen wird, heißt es heute: Steige hoch, du roter Adler!

Als das neue Gebäude des Landtages vor bald neun Jahren mit einem „Tag der offenen Tür“ eingeweiht wurde, prangte im Plenarsaal, sozusagen über meinem Kopf, ein Adler aus Metall: Stilisiert, schlicht, groß und vor allem – strahlend weiß!

Die Brandenburger und Brandenburgerinnen gingen an diesem Eröffnungstag zu Tausenden durch das ganze Gebäude, sie besichtigten den Hof und den Eingangsbereich, die Cafeteria und die Büros der Abgeordneten und Mitarbeiter.

Die Älteren erinnerten sich daran, wie es im früheren Stadtschloss ausgesehen hatte. Nach dem Ende der Monarchie in Deutschland waren dort das Arbeitsamt und Teile der Stadtverwaltung untergebracht.

Die Besucherinnen und Besucher nahmen also 2014 ihr neues Parlamentsgebäude in Augenschein und in Besitz, und die Reaktion war durchweg positiv. Alles gut – mit einer Ausnahme: der weiße Adler!

Das Urteil war eindeutig: So geht es nicht! Der Brandenburger Adler sei rot und müsse auch im Plenarsaal so aussehen wie das Original vom Wappen. Kunst und Stilisierung hin oder her. Der Adler muss stimmen. Das wurde wirklich über Wochen viel und heiß diskutiert, natürlich auch in den Medien.

Also musste sich das Parlament zusammensetzen und über ein Wappentier diskutieren. Das Ergebnis: Der weiße Adler hängt in der Lobby. Da er nun mal hergestellt worden war, musste man schon irgendetwas mit ihm anfangen.

Aber hier, im Plenarsaal, begleitet uns weiter der rote Adler!

Viel könnte ich erzählen von Musik und Tanz im ehemaligen Stadtschloss, vom Zusammentreffen Johann Sebastian Bachs mit Friedrich II. hier im Konzertzimmer 1747, als der alte Bach über das vorgegebene „königliche Thema“ zu improvisieren hatte und danach das »Musikalische Opfer« schuf, ein barockes Meisterwerk aus 22 kontrapunktischen Sätzen, Weltkultur wie das Schloss Sanssouci in Potsdam.

Nicht zu vergessen die Bittsteller-Linde vor dem Schloss, an der man seine Petitionen befestigen konnte. Wir pflanzten symbolisch an gleicher Stelle wieder eine Linde am Landtag, aber unsere Petitionen treffen mittlerweile online ein.

Sie sehen: Potsdam steckt voller Geschichte und Geschichten.

Die Stadt ist mehr als 1000 Jahre alt – älter als Berlin! – und war über Jahrhunderte auch ein Schauplatz europäischer Politik.

Das frühere Fürsten-Schloss an diesem Ort, Vorbild für unseren Landtag, bewohnten bald preußische Könige, die schreckliche Kriege mit fast allen europäischen Nachbarn austrugen: Von Schweden über Polen und Österreich bis zu Frankreich und Russland.

Gegen den aufkommenden Nationalsozialismus leistete der Staat Preußen lange Widerstand, leider vergebens. Und sicher auch deshalb inszenierte Hitler gerade hier schon bald nach seiner Machtergreifung den „Tag von Potsdam“, als Bündnis der monarchistischen und der faschistischen Republikfeinde.

Millionen und Abermillionen Menschen starben im Holocaust und im Zweiten Weltkrieg. Diese Zeit war ein Tiefpunkt der europäischen Geschichte. Versöhnung über Gräbern ist bis heute eine unserer Aufgaben.

Die Nachkriegsordnung wurde auf der Potsdamer Konferenz 1945 verhandelt. Auch Brandenburg und Potsdam haben unter dem von Deutschen ausgelösten Krieg und seinen Folgen schwer gelitten. Das Land war zerstört, in der historischen Mitte der Stadt klaffte eine hässliche Lücke, die erst jetzt allmählich wieder geschlossen wird.

Heute steht das Stadtschloss mit neuer Funktion neben dem Dom und dem Museum Barberini, das Sie heute Morgen besuchen konnten.

Und gleich nebenan entsteht eine neue Synagoge für Potsdam; denn die alte, traditionsreiche Synagoge der Stadt wurde von den Nazis und durch Luftangriffe zerstört. Mit der Wiederrichtung dieses Gotteshauses und Treffpunkts für unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger wird eine der letzten schmerzenden Wunden im Stadtbild Potsdams geschlossen.

Umso mehr erschüttert uns der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine. Die Menschen in der Ukraine verdienen und erhalten unsere volle Solidarität, ob sie in ihrem Land bleiben oder zu uns flüchten, um Schutz für sich und ihre Kinder zu suchen.

Dieser Angriffskrieg war ein Schock, und er stellt uns vor elementare Fragen:

Wie gehen wir mit dem Aggressor jetzt um und in Zukunft?

Wie unterstützen wir die Angegriffenen, ohne den Konflikt weiter anzuhetzen?

Wie lässt sich Freiheit schützen, was sind wir bereit dafür zu tun?

Und mittelfristig:

Wie muss die künftige Friedensordnung in Europa gestaltet sein?

Wie ist sie abzusichern – politisch, diplomatisch, militärisch?

Brandenburg hat wie die anderen ostdeutschen Bundesländer ein besonderes Verhältnis zu Russland und dem russischen Volk – ein durchaus zwiespältiges Verhältnis:

Einerseits unfrei der SED-Diktatur und der starken sowjetischen Militärpräsenz rund um Berlin ausgeliefert. Allein im heutigen Brandenburg gab es im Kalten Krieg über 50 Standorte der Roten Armee; mehr als in jedem anderen Bundesland. Sie waren ein Staat im Staate.

Andererseits entstanden über die Jahrzehnte auch enge Beziehungen zu den Menschen der ehemaligen Sowjetunion, auch zu den Russinnen und Russen, zum russischen Volks. Wir Älteren haben in der Schule die russische Sprache gelernt.

Ich bin deshalb froh, dass Sie, die Parlamentspräsidenten der G7, in Ihrer Erklärung vom 16. März dieses Jahres ausdrücklich unterschieden haben zwischen dem russischen Staat und dem russischen Volk. Die Verantwortung für diesen furchtbaren Krieg und seine Gräueltaten liegt bei der politischen Führung in Moskau – auch wenn sie durch Propaganda, Einschüchterung und Unterdrückung das Bild einer Gesellschaft zu erzeugen versucht, die geschlossen hinter ihr steht. Ich bin sicher: dem ist nicht so.

Vor uns liegen große Aufgaben.

Deutschland ist ein föderaler Staat mit starken, selbstbewussten Bundesländern. Diese Länder sind unter anderem für Bildung und Kultur zuständig, sie haben jeweils eine eigene Polizei und Institutionen – wie unser Landesparlament und die Regierung. Die Außen- und Verteidigungspolitik wird durch die Bundesregierung vorbereitet und vom Bundestag kontrolliert; für viele praktische Fragen aber, die das tägliche Leben der Menschen berühren, tragen die Bundesländer Verantwortung.

Dieser föderale Aufbau hat sich im Großen und Ganzen sehr bewährt, zuletzt auch in Krisen wie der Corona-Pandemie.

Die hier anwesenden Abgeordneten des Landtages, die Vorsitzenden der politischen Fraktionen, können bestätigen: Wir diskutierten über jede einschneidende Maßnahme gegen die Seuche ganz ausführlich, oft mehrmals viele Stunden lang. Das war anstrengend, aber notwendig und richtig; um glaubwürdig zu sein und um die Bevölkerung überzeugen zu können.

Brandenburg entwickelt sich seit seiner Wiedergründung nach der Friedlichen Revolution in der DDR und der deutschen Vereinigung zu einem Bundesland, das sich dem Fortschritt stellt und in die Zukunft vorangeht:

- wir haben über Jahre mit am stärksten die erneuerbaren Energien ausgebaut, um den Klimawandel zu bremsen;
- unsere Wirtschaftskraft und Attraktivität übertreffen inzwischen manches westliche Land; die Tesla-Gigafactory ist dafür nur ein großes Beispiel;
- Potsdam ist eine Stadt der Wissenschaft, in der sich zahlreiche Forscherinnen und Forscher den Zukunftsfragen der Menschen widmen: dem Klimawandel, der Rettung der Weltmeere, der Geowissenschaft, den digitalen Technologien;
- immer mehr Menschen ziehen nach Brandenburg, ob aus Berlin oder anderen Regionen Deutschlands, aus europäischen Ländern oder aus Übersee.

Ende August feierten wir erst in Potsdam ein Einbürgerungsfest, um die neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger willkommen zu heißen – die meisten aus Polen, Syrien, der Ukraine, Indien und Russland.

Dass so viele kommen liegt auch daran, dass wir leben, wo andere Urlaub genießen – in einer liebens- und lebenswerten Region, mit großen Wäldern und vielen Seen, mit Platz für Familien. Wir haben leistungsfähige Betriebe und einen großen Bedarf an Arbeits- und Fachkräften.

Brandenburg ist modern, weltoffen und tolerant. „Jeder soll nach seiner Façon selig werden“, verkündete schon Friedrich II.

Auch dazu noch eine kleine Geschichte mit einem durchaus ernsten Hintergrund: Der Grabstein von Friedrich liegt nicht weit von hier vor dem Schloss Sanssouci (wo übrigens auch die Parlamentspräsidenten der – damals noch – G8-Staaten 2007 zu Gast waren). Und auf dem Grabstein liegen – Kartoffeln.

Besucher legen sie dort ab als Erinnerung daran, dass Friedrich die Kartoffel in Deutschland eingeführt und ihren Anbau gefördert hat.

Warum er das tat? Ganz einfach: Er wollte Hungersnöten begegnen, die durch Kriege, Missernten und den Anstieg der Bevölkerung verursacht wurden.

Wie er es schaffte, diese unbeliebte Kartoffel populär zu machen? Unter anderem dadurch, dass er Felder anlegen und verbreiten ließ, die dort gezogenen Kartoffeln seien nur für die königliche Tafel bestimmt. Das weckte die Neugierde der Bauern; sie stahlen die angeblich königlichen Kartoffeln, um sie selbst anzupflanzen. Was für den Herrscher gut war, musste ja auch seinen Untertanen schmecken.

Nun aber zum ernsten Hintergrund der Geschichte:

Wissenschaftler der Universitäten Harvard und Colorado haben herausgefunden, dass die Kartoffel in Europa tatsächlich Frieden brachte. Sie analysierten hunderte Konflikte zwischen 1700 und 1900 und kamen zu dem Schluss: Wo Kartoffeln angebaut werden, gab es weniger Hunger und deshalb weniger Kriege um Land.

So einfach ist es heute leider nicht. Im russischen Krieg gegen die Ukraine geht es zwar auch um Territorium, vor allem aber um Großmachtstreben und das Ego eines Präsidenten. Insofern allerdings passt das Vorgehen Moskaus besser ins 18. oder 19. Jahrhundert als in unsere heutige Zeit.

Wie es weitergehen soll, muss nicht zuletzt im Zusammenspiel der Partnerstaaten in der G7, in der Nato und der Europäischen Union erörtert werden. In jedem Fall sind die aufgeworfenen Fragen und die möglichen Antworten auch in den Parlamenten zu diskutieren.

Denn tragfähige, dauerhafte Lösungen wird es nur geben, wenn die Völker einbezogen und mitgenommen werden – aktuell zuallererst natürlich die Ukrainerinnen und die Ukrainer, aber letztlich auch die Russinnen und Russen und alle anderen Europäer.

Die einfachen Menschen leiden am meisten unter dem Krieg. Sie sind es deshalb, die das größte Interesse an einem Frieden haben, und sie allein können auf Dauer den Frieden sichern; das jedenfalls ist meine Hoffnung.

Lassen Sie mich mit einem Satz abschließen, den der frühere Bundeskanzler Willy Brandt 1981 formuliert hat, auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges zwischen Ost und West: „Frieden ist nicht alles“, sagte er, „aber alles ist ohne den Frieden nichts.“